

Europa zum Mitreden

Europa-Experte Werner Weidenfeld über Ratingagenturen, die Webfehler der Europäischen Union und die Stärken und Schwächen der Kanzlerin.



Herr Professor Weidenfeld, wer regiert zurzeit Europa, die Politik oder die Märkte?

Das ist interessant, was Sie da sagen. Die Politik verbinden wir alle mit Namen: Merkel, Berlusconi. „Die Märkte“ treten als anonyme Nebelwolken auf. Obwohl das genauso Akteure sind, die man präzise bezeichnen kann. Ich bin sehr dafür, dass wir uns mehr Mühe geben mit der Frage, wer die Schlüsselfiguren der Spekulation sind und was sie antreibt. Ich bin auch für eine Entmythologisierung der Ratingagenturen. Da kommen keine Blitze aus einem umwölkten Himmel der Weisheit, sondern das sind Unternehmen, die Gesellschafter haben, die Daten berechnen und interpretieren. Die handeln in ihrem Rahmen genauso rational wie die Politiker auch. Warum behandeln wir sie anders?

Die Bundeskanzlerin spricht sehr häufig von „den Märkten“.

Ja. Ich halte das für einen Fehler. Wir anonymisieren hier ein riesiges Segment von großem Einfluss. Schauen Sie sich nur diese Woche an: Die Ratingagentur Standard & Poor's droht, Deutschland und dem Rettungsschirm die Bestnote wegzunehmen. Warum ausgerechnet zwei Tage vor dem Gipfel? Niemand wird so naiv sein zu glauben, dass das gerade jetzt sein musste.

Ratingagenturen machen Politik?

Natürlich! Sie beobachten die Politik und ihre Mitbewerber, dann handeln sie. Ich bin sicher: Marktakteure würden an Stärke verlieren, wenn man sie nicht als ungreifbar anonyme Macht behandelte.

In der Euro-Krise geht ja nichts ohne die deutsche Kanzlerin. Macht sie ihr den Job eigentlich gut?

Darauf muss man mehrere Antworten geben. Einen Teil erledigt sie gut bis sehr gut, bei einem anderen fällt sie weitgehend aus.

Das müssen Sie uns erklären.

Der Teil, den sie gut macht, hat zu tun mit ihrer grandiosen machttechnischen Fingerfertigkeit. Schauen Sie, wie sie in der CDU mögliche Konkurrenten behandelt hat. Der letzte, der übrig bleibt, wird dann halt Bundespräsident. Auf europäischer Ebene

macht sie das genauso, mit perfektem Timing. Wie sie wieder rechtzeitig vor dem Gipfel zu einer gemeinsamen Position mit Sarkozy kam – das kann man nicht überbieten.

Als gemeinsame Position kommt das bei den Franzosen aber nicht an. In der französischen Satire-Sendung „Les guignols“ tritt die Kanzlerin neuerdings als Präsidentin Frankreichs auf – man wird ja sowieso von ihr regiert.

(Lacht) Ach, wissen Sie, wenn man führt, wird man kritisiert, und wenn man nicht führt, auch. So ist das in der Politik. Aber wenn ich Frau Merkel einen Tipp geben sollte: Sie könnten sich von Helmut Kohl abgucken, wie er François Mitterrand bewusst öffentliche Erfolge überlassen hat. Kohl hat auch viel Zeit für Gespräche mit den kleinen Ländern aufgewendet. Heute sehen Sie Sarkozy und Merkel in Deauville am Strand spazieren, und danach teilen sie ihren Beschluss elektronisch dem Ministerrat mit. Das ginge auch eleganter.

Und in welchem Bereich fällt die Kanzlerin weitgehend aus?

Sie hat keine wirklich große Strategie, aus der heraus sie den Menschen europäische Politik erklären kann. Ihr fehlt, was der große amerikanische Machtdenker Joseph Nye die „smart power“ nennt. Er unterscheidet zunächst zwischen „hard power“, das ist die Macht durch Panzer, und „soft power“, das ist die Macht durch Anziehungskraft – die Anziehungskraft des Westens hat über den Osten gesiegt. Im 21. Jahrhundert, sagt Nye, kommt es auf die „smart power“ an, nämlich die Deutungs- und Erklärungskraft der Politik. Diejenigen, die unsere hochkomplexe Wirklichkeit deuten und erklären können, haben die Macht. Da hat die Kanzlerin eine große Schwäche. Das ist übrigens nicht nur ihr Problem, sondern trifft auf die gesamte deutsche Politik zu.

Viele Leute haben derzeit genug vom Euro und genug von Europa.

Den Menschen geht Europa jetzt wirklich unter die Haut. Jeder merkt: Hier wird entschieden, ob ich übermorgen noch mein Geld in der Tasche habe. Aber wenn man jenseits der Hiobsbotschaften einmal grundsätzlich fragt: „Denken Sie, dass

Deutschland seine Stärke ohne Europa aufrechterhält?“, sagen 65 Prozent der Deutschen nein. Die Krise gibt Europa einen Bedeutungsschub. Deshalb ist Erklärung jetzt so wichtig. Nur 15 Prozent der Deutschen sagen nämlich, dass sie die derzeitige Europapolitik begreifen.

Müssen nicht die europäischen Institutionen Europa erklären?

Bisher hat sich nur leider keine von ihnen damit hervorgetan, einen Diskurs anzustoßen. Am ehesten gehört so etwas ja ins Europäische Parlament. Aber das Parlament ist kein Ort der Selbstwahrnehmung der Europäer. Wie wenig es hier seinen Auftrag ausfüllt, konnten Sie sehen, als der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, kürzlich dort eine Rede hielt. Von den 735 Abgeordneten waren in dieser dramatischen Situation für den Euro nur zwischen 30 und 50 dort! Nach meiner Beobachtung wächst eher jenseits der Politik, zum Beispiel in intellektuellen Kreisen, eine neue europäische Aufbruchstimmung. Die brauchen wir, denn die innere Bindung der Menschen an Europa schwindet.

Aus der Politik kommen doch Stichworte dazu. Die CDU hat auf ihrem Parteitag die Direktwahl eines EU-Präsidenten befürwortet.

Von solchen Einzel-Zurufen halte ich wenig. Dann müsste man über die Gesamtentwicklung des Systems nachdenken. Die Direktwahl des Präsidenten könnte in ein neues Gefüge passen. Aber jetzt ist sie systemfremd. Sie hätten dann ein Amt mit maximaler demokratischer Legitimation und wenig direkter Macht.

Ursula von der Leyen sprach von den Vereinigten Staaten von Europa.

Die Vereinigten Staaten haben wir heute schon. Europa ist sehr stark verwoben, sonst würde uns die Griechenland-Krise doch gar nicht so treffen. Griechenland hat eine Wirtschaftskraft wie Hessen, und wenn Hessen mal ins Taumeln käme, würde das die Weltwirtschaft wohl kaum erschüttern. Zudem hat die europäische Ebene heute praktisch bei allem die Finger im Spiel. An Alleinverantwortung für den Einzelstaat ist kaum mehr als Schule und die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme

me übrig geblieben. Das Europäische Parlament hat heute höhere Kompetenzen bei der Bestellung der Regierung – der Kommission – als der Bundestag. Man kann also durchaus von Vereinigten Staaten reden. Ich wäre aber vorsichtig mit einem Begriff, der heute für viele Menschen ein Reizwort ist. Europa ist für sie ein Machtkoloss.

Wo liegen denn für Sie die größten Defizite der Europäischen Union?

Da kann ich Ihnen drei nennen: Transparenz, Führungsstruktur, Legitimation. Europapolitik ist nicht transparent. Ein aktuelles Beispiel: Als die Verhandlungen um den Lissabon-Vertrag begannen, wollten Sarkozy und Merkel ein kompaktes Papier haben, 40 Seiten. Was ist herausgekommen, nachdem das durch die Apparate ging? 416 eng bedruckte Seiten, die niemand kapiert.

Und wo sehen Sie Defizite in der Führungsstruktur?

Die Führungsfrage in Europa ist nicht geklärt. Sie haben den gewählten Präsidenten des Europäischen Rates, Sie haben den Ministerratspräsidenten, Sie haben den Kommissionspräsidenten, Sie haben eine Außen- und Sicherheitspolitikchefin, Sie haben den Vorsitzenden des Euro-Rats. Alles Führungspositionen. Aber wer hat das Sagen? Das hätte man im Vertrag von Lissabon klären müssen, dann hätten wir heute weniger Reibungsverluste.

Stichwort Legitimationsdefizit: Man könnte ja Parlamenten mehr Rechte geben oder die direkte Mitwirkung der Bürger stärken.

Ich meine mit Legitimation die Frage: „Darf Europa überall so stark eingreifen, und warum?“ Da müssen die Parlamente endlich ihre Arbeit machen. Das Europäische Parlament muss die Öffentlichkeit viel stärker in seine Debatten einbeziehen. Und der Bundestag, der ja jetzt bei europapolitischen Entscheidungen stärker mitwirken darf, muss europäische Themen stärker diskutieren. Mittlerweile sind sogar einige Landtage aufgewacht.

Und die direkte Mitwirkung der Bürger? Es gibt ja Vorschläge, eine europäische Bürgerkammer einzurichten.

Noch 'ne Kammer und noch 'ne Kammer, das erreicht die Bürger nicht. Ihr Vertrauen in Politik und Institutionen ist dramatisch gesunken, warum sollen sie da einer weiteren Institution vertrauen? Der Lissaboner Vertrag enthält ja einiges, zum Beispiel eine Art Volksbegehren, und in einem Artikel fordert er die EU auf, den Dialog mit der Zivilgesellschaft intensiv zu führen.

Was meinen Sie konkret?

Die Bürger müssen in jedes Thema frühzeitig direkt einbezogen werden. Hier an unserem Institut CAP haben wir eine Methode entwickelt, die dazu passt. Sie gilt für alle Großprojekte. Wenn Sie ein solches Projekt ins Auge fassen, müssen Sie alle einbeziehen, die sich im weitesten Sinn dafür interessieren, alle sich artikulieren lassen, deren Anregungen aufnehmen. Es geht nicht um einen rechtsförmlichen Ablauf, sondern um frühes Mitreden – im Internet natürlich, aber auch vor Ort, überall in den Regionen, in Ludwigshafen wie in Leipzig. Das könnten europäische Institutionen organisieren.

Vielleicht fehlt uns der gemeinsame europäische Traum? Das Wort vom Friedensprojekt zieht bei der jungen Generation nicht mehr, die keinen Krieg in Europa erlebt hat.

Ich würde mich auch nicht aufhalten an alten Begründungen, weder am Friedensprojekt der Nachkriegszeit noch am Ost-West-Konflikt.

Dann fragen wir Sie jetzt: Warum eigentlich Europa?

Wenn wir Europa nicht pflegen, werden wir in unseren Einzelstaaten überrollt. Deshalb müssen wir alle uns um die richtigen Strukturen in Europa kümmern, und weniger darum, welche Detailrechte zum Beispiel der Bundespräsident hat. Außerdem wollen wir in der Welt Mitverantwortung übernehmen, Probleme lösen, vom Weltklima bis zum Welthandel. Wir wollen „smart power“, wir wollen mit unserer Sicht der Dinge die anderen überzeugen. Das kann Deutschland nicht allein.

Das Gespräch führten Michael Garthe und Kerstin Witte-Petit



POLITIKBERATER

WERNER WEIDENFELD

... ist Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Europäische Einigung an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP) in München, eines der größten deutschen universitären Institute der Politikberatung zu europäischen und internationalen Fragen. Weidenfeld war ein enger Berater Helmut Kohls. (fotos: getty, teutopress)

www.cap-lmu.de